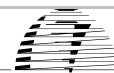




Bundestags- brief

Nr.31 • Die Woche im Bundestag • 25.01.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Jugendgewalt konsequent bekämpfen

Die Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dieser Anstieg zeigt, dass die bisherigen Instrumente zur Bekämpfung der Jugendgewalt nicht ausreichend sind. CDU und CSU weisen dagegen schon seit Jahren auf die zunehmende Gefährdung des öffentlichen Raumes durch kriminelle Jugendliche hin. In mehreren Bundesratsinitiativen haben wir deshalb vielfältige Verbesserungen zur Lösung des Problems, darunter auch Strafverschärfungen, vorgeschlagen, die aber alle an der SPD gescheitert sind. Auch unseren Versuch, die Erweiterung der Instrumente im Koalitionsvertrag festzuschreiben, haben die Sozialdemokraten boykottiert. Dennoch haben wir das Thema weiter verfolgt. Diese Woche haben wir uns bei einem Symposium erneut mit dem Thema „Jugendgewalt“ befasst. Von Fachleuten und Praktikern haben wir uns wichtige Eindrücke und Analysen schildern lassen, um das Problem noch besser angehen zu können. Die Aussagen der Experten haben uns in unserer Überzeugung von der hohen Wichtigkeit des Themas bestärkt. Deutlich wurde auch, dass die Gewaltkriminalität jugendlicher Migranten tatsächlich eine besondere Herausforderung darstellt. Davor die Augen zu verschließen heißt, sich die Welt schönzureden, statt sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Ausdrücklich unterstützt haben die Experten auch unsere Vorschläge zur besseren Bekämpfung von Jugendgewalt. Neben der Prävention müssen wir vor allem die Möglichkeiten im Jugendstrafrecht verbessern. Für hilfreich hielten die Experten insbesondere die Einführung eines möglichen Warnschussarrests im Zusammenhang mit einer verhängten Bewährungsstrafe. Auch die generelle Anwendung des Erwachsenstrafrechts bei Gewalttätigen zwischen 18 und 21 Jahren stieß auf Zustimmung. Straffällige ausländische Jugendliche sollten in schweren Fällen leichter abgeschoben werden. Das zeigt uns: Unsere Forderungen sind richtig. Wir wer-

den gegenüber unserem Koalitionspartner auf ihre Umsetzung drängen.

Vorbeugen statt „Hartzen“

Damit die Arbeit „vor Ort“ mit aufsuchenden Hilfen für Familien erfolgreich sein kann, müssen bereits vorhandene Strukturen wirkungsvoll vernetzt und fehlende Strukturen aufgebaut werden. Es ist sinnvoller, finanzielle Mittel in frühe Hilfen zu investieren, als später für „Reparaturen“ zu zahlen. Über die Hilfe für die Kinder kann in vielen Fällen auch eine Veränderung in der Lebenseinstellung bei den Eltern erreicht werden. Notwendig sind daher gute finanzielle und personelle Ausstattung der Jugendarbeit und der Jugendeinrichtungen vor Ort. Für die Kommunen rechnet sich das: Kinder aus dem Sozialhilfetransfer zu holen und zu einer Ausbildung und einer Erwerbsarbeit zu verhelfen, kostet in der Phase der Unterstützung, entlastet die sozialen Sicherungssysteme aber auf Dauer. Also: „Vorbeugen statt „Hartzen“! Schätzungsweise 2,6 Millionen Menschen in Deutschland leben in der sogenannten „ererbten Sozialhilfe“, das heißt, sie leben in zweiter und dritter Generation ausschließlich von staatlichen Transferleistungen. Viele dieser Menschen haben sich in einem Leben – finanziert von staatlicher Unterstützung – eingerichtet und haben jeden Ehrgeiz und jede Fähigkeit verloren, ihre Situation zu verbessern. Besonders betroffen sind Kinder aus diesen Familien: Sie erleben staatlichen Transfer als langfristige und absolute Lebensnormalität. In ihrer jungen Lebenswirklichkeit haben sie nie kennen gelernt, dass Eltern oder Großeltern, Freunde oder Bekannte morgens zur Arbeit gehen und so das Einkommen für sich und ihre Familie sichern. So leben sie zum einen in der Gefahr, den apathischen Lebensstil ihrer Eltern nachzuleben, zum anderen gehören sie oft zu den Bildungsarmen. Bildung ist aber die wesentliche Grundlage für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Hier muss Hilfe ansetzen, die als Hilfe zur

Selbsthilfe wirkt und anders aussehen muss als eine bloße finanzielle Steigerung der Sozialtransfers. Um das Vererben eines Lebens abhängig von Sozialtransfers wirkungsvoll zu verhindern und funktionierende Netzwerke der Erziehungsverantwortung dort zu sichern, wo und solange Eltern selbst dieser nicht gerecht werden, brauchen wir mehr aufsuchende Strukturen, die auf die Familien zugehen und sie im Alltag stärken. Die Angebote müssen niederschwellig sein, um so auch die Eltern in sozial schwierigen Milieus für die Arbeit mit ihren Kindern zu gewinnen.

Deutsche Wirtschaft trotz Risiken auf gutem Kurs:

Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt: Wir sind auf gutem Weg. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,7 % wachsen. Auch der private Konsum dürfte um etwa 1,1 % zunehmen. Bei der Inflation gehen die Experten von einem baldigen Rückgang auf 2 % aus. Auch auf dem Arbeitsmarkt wird die positive Entwicklung weitergehen: 330.000 Stellen werden aller Voraussicht nach neu entstehen. Damit wird die Arbeitslosigkeit im Jahresschnitt auf 8,2 % nach 9 % im Jahr 2007 sinken. Allerdings zeigen die momentanen Kursstürze an der Börse und die Abkühlung des Investitionsklimas auch die Gefahren. Wir müssen weiter Kurs halten! Mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2008 unterrichtet uns die Bundesregierung in dieser Woche über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Die Rekordbeschäftigung und der ausgeglichene Haushalt zeigen, dass sich die Reformen der letzten Jahre auszahlen. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ging von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 auf unter 3,8 Millionen im vergangenen Jahr zurück. Wir dürfen das Erreichte nicht verspielen und müssen den Kurs mit dem Leitmotiv „Investieren – Sanieren – Reformieren“ weiter konsequent durchsetzen.

Unterstützung für Frauen mit Doppelbelastung

Viele Frauen in Deutschland fühlen sich einer Umfrage nach durch ihre familiären Pflichten überlastet. Fast 20 % der Frauen leiden unter der Vorstellung, immer für ihre Familie da sein zu müssen, 30 % der Frauen glauben, sich um alles selbst kümmern zu müssen. Gerade in der heutigen Zeit sind viele Frauen der Doppelbelastung von Familie und Beruf ausgesetzt und selbst bei

Nachgehen einer Erwerbstätigkeit sind es meist die Frauen, die „nebenbei“ noch die Familie versorgen und organisieren. Die Politik hat in dieser Legislaturperiode einiges getan, um die Situation von Frauen und Familien zu verbessern und auch den Vätern die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen und ihre Frauen in der Familienarbeit zu unterstützen. So wurden beim Elterngeld mit der Einführung von Partnermonaten Väter und Mütter darin bestärkt, sich gleichberechtigt in die Erziehungsarbeit einzubringen. Für junge Eltern wurde die Möglichkeit geschaffen, innerhalb des Zeitfensters von 14 Monaten partnerschaftlich für das Kind da sein zu können. Auch der geplante Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen soll die Situation für Familien erleichtern. Doch neben der Politik sind die Familien und gerade die Männer selbst gefragt, ihre Frauen zu unterstützen, damit diese die Belastungen, die entstehen können, nicht alleine tragen müssen. Auch die Wirtschaft ist aufgefordert, sich mit familienfreundlichen Maßnahmen für ihre Mitarbeiterinnen mit Kindern einzusetzen. Schon durch kleinere Veränderungen ist für die Einzelne oft viel erreicht!

Trainingsmaßnahmen verbessern die Chancen von Langzeitarbeitslosen:

Die mit den Arbeitsmarktreformen eingeführten verpflichtenden Trainingsmaßnahmen für Leistungsempfänger nach SBG II erhöhen die Chancen dieses Personenkreises, wieder in Arbeit zu kommen. Deutliche Unterschiede zeigen sich dabei zwischen betrieblichen und nicht-betrieblichen Trainingsmaßnahmen: Während die Chance, in einem regulären Beschäftigungsverhältnis zu stehen, 20 Monate nach Absolvierung einer nicht-betrieblichen Maßnahme um 3 % höher lag als bei vergleichbaren Nichtteilnehmern, lag sie bei Besuch einer betrieblichen Maßnahme zwischen 13 und 19 % höher. (Quelle: IAB)

Zu guter Letzt:

Mein Tipp der Woche

Am Samstag, den 26.1.2008 findet von 18.00 bis 2.00 Uhr die 22.Lange Nacht der Berliner Museen statt, die diesmal ganz im Zeichen der Zeit steht. Ein ergiebiges Thema, zu dem die Museen der Stadt in gewohnter Qualität eine Fülle von interessanten Programmen vorbereitet haben. Alle teilnehmenden Häuser sind an den Bus-Shuttle-Service angeschlossen. Tickets gibt es im Internet oder an den bekannten Vorverkaufsstellen. Ich freue mich darauf!